

Der RENTEN-CHECK

Was Rot-Grün mit Ihrer Altersvorsorge vorhat.



Rentenreform: Wir stehen Ihnen **Rede und Antwort**

Diskussions- und Aufklärungsbedarf in der Bevölkerung sind groß. Denn mit einem über zwei Jahre andauernden Gesetzgebungsverfahren und ständig neuen Vorschlägen hat die Schröder-Regierung die Bürgerinnen und Bürger tief verunsichert.

Generalsekretär Laurenz Meyer: Wir starten deshalb im Rahmen unserer Rentenkampagne die Informationsoffensive „Renten-Check“.

Eröffnung der in der Bundesgeschäftsstelle dazu eingerichteten „Info-Box“: noch diesen Freitag.

■ In der Woche vom 12. bis 16. Februar stehen jedem, der Fragen hat, täglich von 12.00 bis 18.00 Uhr ausgewiesene Rentenexperten Rede und Antwort – Telefonnummer: 0 18 05-13 01 31.

■ Parallel zu dieser Hotline werden CDU-Politiker eine Woche lang in Internet-Chats

Fortsetzung auf Seite 3

INHALT

LAURENZ MEYER:

Wir brauchen dringend einen neuen Anfang in der Gesundheitspolitik

SEITE 3

ZAHLEN - DATEN - FAKTEN

Rentenreform aus der Sicht von Frauen und Familien

SEITE 4 - 7

DOKUMENTATION

Argumente gegen die Schröder-Rente.

Argumentationspapier mit Beispielen

INNENTEIL



Schröder lässt Sie ganz schön alt aussehen.

Die Rentner sind doppelte Opfer der rot-grünen Ökosteuer. Sie haben keinen Vorteil durch die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge. Sie tragen die Folgen der gestiegenen Kraftstoff- und Heizölpreise – ohne dass ihre Belastungen durch Reparaturmaßnahmen wie Entfernungs-pauschale oder Heizkostenzuschuss gemildert würden.

Mehrbelastung eines Rentnerhaushaltes durch die Ökosteuer:

Rentner, verheiratet

Jahresfahrleistung	12.000 km
Stromverbrauch	2.500 kWh/Jahr
Heizölverbrauch	2.500 l/Jahr

Mehrbelastung	2001	2003
durch höhere		
Benzinsteuer	224,28 DM	373,80 DM
Heizölsteuer	116,00 DM	116,00 DM
Stromsteuer	87,50 DM	112,50 DM
Insgesamt gegenüber 1998	427,78 DM	602,30 DM

Im Jahr 2001 muss also ein Rentner rund 428 DM an Zusatzbelastungen verkraften. Und 2003 sind es rund 602 DM – ohne Ausgleich.

Die nächste Mieterhöhung kommt von Schröder

Heizöl war schon im Herbst 2000 um 78,4 Prozent teurer als im Vorjahr, Gas um 19,9 Prozent. Doch der Schrecken setzt sich fort: Die nächste Heizkostenabrechnung kommt – und sie wird teuer! Die Heizkosten bewegen sich in neue Höhen. **Nach Angaben des Deutschen Mieterbundes**

müssen Sie mit Mehrkosten bis zu 12 DM pro Quadratmeter Wohnfläche rechnen. Tipp des Deutschen Mieterbundes: „Rücklagen ansparen“.

Aus unserem „Sparbuch“,
Bestellnummer 5707,
100 Expl. 22,-DM

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 2 20 70-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 75 10 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 19 37 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Wir brauchen dringend einen **Neuanfang** in der Gesundheitspolitik

Im Bundestagswahlkampf 1998 haben SPD und Grüne wider besseres Wissen versprochen, im Gesundheitswesen sei alles finanzierbar. Die Bundesregierung muss jetzt einsehen, dass diese Politik gescheitert ist.

Die Ankündigung der Gesundheitsministerin, die Kollektivhaftung der Ärzte für das Arzneimittelbudget abzuschaffen, ist nur ein längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung, der aber die Probleme nicht löst, späte Einsicht, dass die Budgetierung direkt in die Zweiklassen-Medizin führt.

Ein Rumdoktern an einzelnen Symptomen bringt



uns in keinster Weise weiter. Von einem wirklichen Neuanfang will der Kanzler aber vor der Wahl nichts wissen.

Die demographische Entwicklung ist auch für unser Gesundheitssystem zunehmend eine Belastung. Wir treten deshalb

für einen Neuanfang ein. Dieser muss gewährleisten, dass alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Die Inanspruchnahme medizinisch notwendiger Leistungen darf keine Frage des Geldbeutels sein.

Wir wollen die Eigenverantwortung der Versicherten stärken. Das bedingt mehr Transparenz und individuelle Wahlmöglichkeiten für jeden Versicherten. Die Menschen entscheiden am besten selbst darüber, welche medizinischen Leistungen über die Versicherung abgedeckt werden sollen.

Fortsetzung von Seite 1

(www.cdu.de/rente) für Auskünfte zur Verfügung stehen.

■ Die aktuellsten Informationen erhalten Sie – wie immer – per Fax-Abwurf: 0 18 05-3 12 35 50 48.

■ Für die politische Arbeit vor Ort hat die CDU eine neue Informationsbroschüre zum Thema Rente, den „Renten-Check“ (Abbildung: Seite 1 dieser Ausgabe), und eine

Wandzeitung vorbereitet. Einzelheiten dazu auf den Seiten Öffentlichkeitsarbeit dieser Ausgabe: 23 und 24.

■ Am Dienstag, den 13. Februar, wird die Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süsmuth, zusammen mit der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Böhmer, die Sonderaktion „Frauen und Rente“ vorstellen. Den

Text dazu finden Sie auf den Seiten 4 bis 7 dieser Ausgabe.

■ Auf einer eigenen Kampagnen-Homepage im Internet finden Sie – ebenfalls unter: www.cdu.de/rente – neben unserem umfangreichen Informationsangebot zur Rentenproblematik die Möglichkeit, sich im CDU-Internet-Forum mit anderen Interessierten zum Thema Rente auszutauschen. **UD**

Ziele, Forderungen und Auswirkungen der Rentenreform aus der Sicht von Frauen und Familien

FAKT IST: Frauen stellen mit 11 Mio. Rentnerinnen die Mehrheit unter den 17 Mio. Rentenbeziehern.

ABER: Ihre Renten und Nettoeinkommen sind im Durchschnitt deutlich geringer als die der Rentner:

Die durchschnittliche Altersrente von Frauen in Deutschland beträgt heute 949 DM. 63 % aller Frauen, in Ost und West, erhalten eine Altersrente unter 1200 DM pro Monat. Dies ist nicht mehr als das Sozialhilfeniveau! (Quelle: Rentenversicherungsbericht 2000)

WARUM? Auf den Punkt gebracht: Kindererziehung kostet Frauen Rente! Die Rente von Frauen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus anderen Versorgungssystemen ist um so niedriger, je mehr Kinder sie haben: Eine Ehefrau mit drei Kindern verfügt im Alter nur über ein Drittel der Rente einer alleinstehenden Frau ohne Kinder.

DIE UNION FORDERT: Kindererziehung stellt einen wesentlichen und notwendigen Beitrag für unser umlagefinanziertes Rentenversicherungssystem dar. Familien erbringen mit ihrer Unterhaltsleistung den entscheidenden Beitrag für die Erziehung und Ausbildung der nächsten Generation. Auf diese Generationenabfolge sind Staat und Gesellschaft in allen Bereichen – auch auf dem Gebiet der Alterssicherung – angewiesen.

Die Union schlägt daher ein Konzept vor, das zur besseren sozialen Absicherung von Familien und zum Ausbau der eigenständigen Alterssicherung der Frau führt. Frauen müssen insbesondere durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf günstigere Chancen zum Erwerb eigenständiger Anwartschaften haben. Nachteile in den Renten, die aus Kindererziehung resultieren, müssen ausgeglichen werden. Familienarbeit muss deshalb in der Rentenversicherung stärker honoriert werden. Deshalb

sollen Zeiten der Kindererziehung besser als bisher in der Alterssicherung berücksichtigt werden.

■ Für Erziehende, deren Erwerbsverläufe aufgrund von Kindererziehung unterbrochen sind und die deshalb keine ausreichende Altersversorgung aufbauen können, sind Kindererziehungszeiten für einen Übergangszeitraum besser als bisher in der Rentenversicherung zu berücksichtigen.

■ Die Witwen-/Witwerrente soll unter dem Gesichtspunkt, dass auch der hinterbliebene Partner bzw. die hinterbliebene Partnerin seinen/ihren Anteil am Erwerb der ihr zugrundeliegenden Rentenanwartschaften hat, den Charakter einer eigenständigen Sicherung erhalten. Folglich soll neben der selbst erworbenen Rente ein angemessener Teil der Rentenanwartschaften aus der Hinterbliebenenrente in eine neue Ehe mitgenommen werden können.

■ Künftig sollen die Erziehungsleistungen in der Hinterbliebenensicherung bes-

ser anerkannt werden. Hinterbliebene, die Kinder erziehen, sollen eine höhere Rente erhalten. Dabei sollen nicht nur die aktuelle Erziehung, sondern auch zurückliegende Erziehungsleistungen rentenrechtlich besser gestellt werden. Die Höhe der großen Witwen-/Witwerrente wird daher nach der Zahl der Kinder gestaffelt. Der Einkommensfreibetrag von 1.283 DM soll weiter dynamisiert werden. Werden Kinder erzogen, wird der Freibetrag erhöht.

■ Bei der Förderung der kapitalgedeckten Alterssicherung soll eine dynamisierte Kinderkomponente von zunächst mindestens 30 DM pro Kind und Monat vorgeesehen werden.

SPD-VERSprechen:

Die SPD ist zur Bundestagswahl mit dem Versprechen angetreten, Nachteile für Frauen in der Rente zu beseitigen:

„Die Kürzung des Rentenniveaus macht viele Rentnerinnen und Rentner zu Sozialhilfeempfängern. Bei Frauenrenten von durchschnittlich 900 Mark im Monat wird dies besonders deutlich. So darf man mit Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, nicht umgehen.“ (Quelle:

SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998)

DIE REALITÄT: Das Gesamtkonzept der Bundesregierung zur Reform der Rentenversicherung ist ein Anti-Frauen-Programm. Die Versprechungen der jetzigen Regierungsparteien vor der Bundestagswahl und im Regierungsprogramm gegenüber Familien und Frauen werden nicht eingehalten. Frauen sind die Verliererinnen dieser Reform. Die bestehenden Nachteile für Frauen werden nicht nur nicht aufgehoben, sondern es werden neue Ungerechtigkeiten geschaffen. Anstatt die Leistungen für Frauen systemgerecht auszubauen, wird umverteilt. Frauen finanzieren Frauen.

ROT-GRÜNE PLÄNE:

■ Rentenniveau

GEPLANT: Die Bundesregierung präsentiert jetzt die 4. Variante zur Absenkung des Rentenniveaus: Ab dem Jahr 2011 soll nun von 90 % des Bruttoeinkommens bei der Rentenberechnung ausgegangen werden. Dies ist eine willkürliche Kürzung. Laut Bundesregierung sinkt das Rentenniveau auf 68 %. Tatsächlich sinkt das Rentenniveau aber auf ca. 64 %, da die kapitalge-

deckte Altersvorsorge zu berücksichtigen ist.

DAS IST UNGERECHT:

Diese Niveauabsenkung trifft Frauen doppelt – bei der eigenen Rente und bei der Witwenrente über die abgesenkte Rente des Ehemannes. Maßstab für das Rentenniveau ist der Eckrentner mit 45 Versicherungsjahren. Aber Frauen haben weniger rentenrechtliche Zeiten als Männer. Im Westen kommen Frauen im Durchschnitt auf rund 26 Jahre, im Osten auf rund 35 Jahre. (Unter rentenrechtlichen Zeiten versteht man u.a. Beitragszeiten, Kindererziehungszeiten und Berücksichtigungszeiten.) Das tatsächliche Rentenniveau vieler Frauen würde daher im Jahr 2030 unter 50 % sinken. Sinkt das Rentenniveau, sinkt auch die Witwenrente. Heute erhält eine Witwe 60 % der Rente des Verstorbenen. Fällt das allgemeine Rentenniveau von heute 70 % auf etwas mehr als 64 %, wirkt sich dies entsprechend auf das Niveau der Witwenrente aus.

■ Rente nach Mindesteinkommen

GEPLANT: Wer während der ersten 10 Lebensjahre des Kindes Teilzeit arbeitet oder vollberufstätig ist, aber nur unterdurchschnitt-

lich verdient (also weniger als 54.000 DM brutto im Jahr), erhält eine Erhöhung der Rentenentgeltpunkte um 50 % auf maximal 100 % des Durchschnittseinkommens. Voraussetzung ist allerdings, dass insgesamt 25 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten vorliegen. Ein Rentenentgeltpunkt hat derzeit einen Wert von knapp 49 DM. Für Frauen, die wegen der Erziehung von zwei oder mehr Kindern nicht erwerbstätig sein können oder wollen, wird eine Ausgleichsmaßnahme nach Auslaufen der Kindererziehungszeit (also ab dem 4. Lebensjahr des Kindes) in Form einer Rentengutschrift in Höhe von 1/3 Entgeltpunkt pro Jahr eingeführt. Diese Gutschrift wird bis zum 10. Lebensjahr des Kindes gewährt.

DAS IST UNGERECHT: Die Kindererziehungsleistung wird in ihrer Höhe unterschiedlich bewertet, abhängig von Kinderzahl, Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Verdienst. Der Grundsatz „Jedes Kind ist gleich viel wert“ gilt damit nicht mehr.

Benachteiligt werden:

■ Mütter mit einem Kind, die nicht erwerbstätig sind. Sie werden von der Regelung ganz ausgeschlossen.

■ Mütter und Väter, die z. B. als Alleinerziehende mit ihrem Einkommen über dem Durchschnittsentgelt liegen. Für diese wirkt sich das Modell überhaupt nicht aus.

■ Erziehende mit Geburten vor 1992. Diese werden von der Regelung nicht erfasst. Für sie gibt es keine Aufwertung der Kindererziehungszeiten. Damit geht die Schere zwischen den Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben und ein Kindererziehungsjahr angerechnet bekommen, und den Frauen, die für ihre nach 1992 geborenen Kinder drei Jahre und zusätzlich die Rente nach Mindesteinkommen erhalten, weiter auseinander.

■ **Witwenrente**

GEPLANT: Ehepartnern wird eine Wahlmöglichkeit zwischen einem Splitting und der Witwenrente eingeräumt. Beim Splitting werden die in der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften hälftig geteilt. Dies bedeutet in der Regel keine Verbesserung der Alterssicherung.

Bei der Witwenrente gibt es 3 Änderungen: Erstens beträgt sie für zukünftige Fälle 55 % statt bisher 60 %. Wer Kinder erzogen hat, erhält einen Zuschlag. Der Zuschlag beträgt einen Entgeltpunkt für jedes Kind. Zweitens:

Einkommen über den heutigen Freibetrag 1.283,- DM wird monatlich zu 40 % angerechnet. Aber der Einkommensfreibetrag wird ab 2002 eingefroren. Drittens kommt hinzu, dass nun alle Einkunftsarten (mit Ausnahme der Einkünfte aus staatlich geförderter Altersvorsorge) auf die Witwenrente angerechnet werden. Dies bedeutet, dass z.B. Zinsen aus Sparguthaben oder Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung zukünftig der Einkommensanrechnung unterfallen. Zwar wird keine laufende Rente gekürzt. Für Hinterbliebenenfälle, die nach Inkrafttreten der Reform eintreten, und für Ehepaare, bei denen der ältere Partner am Stichtag nicht mindestens 40 Jahre alt ist, greifen die Einschnitte bei der Witwenrente.

DAS IST UNGERECHT: Zwischen Splitting und Witwenrente können sich Ehepartner nur richtig entscheiden, wenn sie wissen, wer zuerst stirbt. Dies ist nicht zumutbar. Entscheidet man sich etwa für das Splitting und stirbt dann derjenige zuerst, der vorher die niedrigeren Anwartschaften hatte, erhält der Überlebende nur 50 % der gemeinsamen Anwartschaften und damit weniger eigene Rente als vor dem Splitting.

Das Einfrieren des Freibetrags bedeutet bei der Witwenrente langfristig das AUS. Die zu berücksichtigende eigene Rente steigt, aber der Freibetrag bleibt unverändert. So verringert sich die Witwenrente, weil mehr eigenes Einkommen anzurechnen ist. Damit werden die Hinterbliebenen von der Entwicklung der Einkommen abgekoppelt. Eine Anrechnung aller Einkunftsarten – also auch von Zinsen oder Mieteinnahmen – widerspricht darüber hinaus dem Ziel der Förderung privater Vorsorge. Wer über die staatlich vorgegebene und geförderte Altersvorsorge hinaus spart, ist der Dumme, denn er/sie hat vergeblich gespart.

Gesamt gesehen zahlen Frauen für Frauen. Mit den Kürzungen bei der Witwenrente wird die Aufwertung der Kindererziehung für Teilzeitbeschäftigte finanziert. Umverteilung anstatt Aufbesserung. Hinzu kommt, dass bei der Witwenrente nicht einmal eigenständige Alterssicherungsansprüche für Frauen entstehen.

■ Private Altersvorsorge

GEPLANT: Ab dem Jahr 2002 soll 1 % des Einkommens für eine private Altersvorsorge gespart werden.

Die Sparquote soll bis 2009 auf 4 % des Einkommens steigen. Unterstützt wird das Sparen wahlweise durch eine steuermindernde Abzugsmöglichkeit in Höhe von 4 % der Beitragsbemessungsgrenze oder eine finanzielle Zulage. Die Zulage für Ledige/Verheiratet beträgt ab 2009 pro Jahr 300 DM/600 DM. Pro Kind gibt es im Jahr 2002 eine Zulage in Höhe von 90 DM. Die Kinderförderung soll dann bis 2009 auf 360 DM jährlich ansteigen.

DAS IST UNGERECHT:

Nicht alle Familien sind in der Lage, die Ansparleistung zu erbringen. Insbesondere Familien mit Kindern, die eigentlich gefördert werden sollen, haben höhere Ausgaben und damit weniger finanziellen Spielraum zum Sparen. Die Kinderkomponente beträgt im ersten Jahr (2002) nur 7,50 DM pro Kind und Monat. Dieser Betrag versetzt Eltern nicht in die Lage, angemessen und zeitig einen soliden Grundstock in der privaten Altersvorsorge aufzubauen. Die Förderung hat eine deutliche Schiefelage für Frauen: Sie müssen höhere Prämien in der privaten Altersvorsorge zahlen, um die gleichen Leistungen wie Männer zu erhalten. Da die finanziel-

len Zulagen diese Tatsache nicht berücksichtigen, werden Frauen sich mit weniger Absicherung im Alter begnügen müssen. Bereits bestehende Altverträge können nur unter erschwerten Bedingungen in das Konzept zur Förderung der privaten Vorsorge mit einbezogen werden. Im schlimmsten Fall werden diese Verträge nicht anerkannt! Auch die Probleme des Umgangs mit der privaten Vorsorge im Scheidungsfall und die besonderen Probleme der Alleinerziehenden sind noch unzureichend behandelt.

FAZIT: Die Rentenreform der Bundesregierung ist ein Anti-Frauen-Programm.

Eine Rentenreform, die nahezu zwei Drittel der Rentempfänger – und das sind mit 11 Millionen die Rentnerinnen – zutiefst ungerecht behandelt, ist eine verfehlte Reform.

Ein Argumentationspapier der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Böhmer, aus der Reihe „Standpunkte“ der Fraktion

Wir brauchen ein **Gesamtkonzept** statt weiterer GreenCard-Flops

Zur Ankündigung von Bundeskanzler Schröder, die so genannte GreenCard-Regelung jetzt auch – über den IT-Bereich hinaus – auf andere Branchen auszuweiten, erklärte der Vorsitzende der CDU-Einwanderungskommission, Ministerpräsident Peter Müller, am 3. Februar:

Dieser zuwanderungspolitische Aktionismus kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das bisherige GreenCard-Kontingent von insgesamt 10000 IT-Spezialisten gerade mal zur Hälfte abgerufen wurde, mithin der erhoffte Ansturm von Software-Spezialisten aus Nicht-EU-Ländern auf deutsche Arbeitsplätze bislang ausgeblieben ist.

Es fehlt immer noch eine zufrieden stellende Regelung für alle

Ursache für diesen GreenCard-Flop ist, dass es noch kein zuwanderungspolitisches Gesamtkonzept gibt, das den Aufenthaltsstatus, die Aufenthaltsdauer, die Bedingungen des Fami-



liennachzugs sowie die Rahmenbedingungen für die umfassende Integration dieser umworbene ausländischen Fachkräfte für alle zufriedenstellend regelt.

Wenn man sieht, dass und wie z.B. die USA die Bedingungen für die Aufnahme und Integration ökonomisch bedingter Zuwanderer regeln, dann verwundert es nicht, dass der sogenannte „IT-Index“ für sich und seine Familie bessere Lebensbedingungen und Entwicklungsperspektiven in einem Land mit offensichtlich weniger begrenzten Möglichkeiten als Deutschland sieht. Dies muss uns nicht nur unter standortpolitischen, sondern auch unter gesellschaftlichen Gesichtspunkten zu denken geben. Selbstverständlich müssen wir für

die qualifizierten Fachkräfte aus dem Ausland, die die deutsche Wirtschaft im zunehmenden weltweiten Wettbewerb braucht, noch in diesem Jahr attraktive aufenthaltsrechtliche und integrationspolitische Rahmenbedingungen schaffen. Dies muss aber im Rahmen eines Gesamtkonzeptes geschehen, das eine vernünftige Balance zwischen ökonomisch und humanitär bedingter Zuwanderung gewährleistet.

Wir erwarten qualifizierte Fachkräfte von den Hochschulen

Weiterhin notwendig sind darüber hinaus verstärkte Anstrengungen in den Bereichen berufliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung. Dabei geht es nicht nur darum, die Zahl der Studienplätze an den Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien im gesamten naturwissenschaftlichen und technischen Bereich deutlich zu erhöhen und dort zusätzliche Lehrkapazitäten zu

GLÜCKWÜNSCHE AN BISCHOF LEHMANN

schaffen. Auch die Ausbildungsbedingungen an den Hochschulen müssen so gestaltet werden, dass dem Arbeitsmarkt möglichst bald qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden können.

Wir werden alle Tatbestände der Einwanderung berücksichtigen

Mit einer neuerlichen GreenCard-Ausweitung will sich Schröder offensichtlich aus der Verantwortung für ein zuwanderungs- und integrationspolitisches Gesamtkonzept herausmogeln. Sein Vertrauen in die Arbeit der von ihm eingesetzten Regierungskommission, die ja bis Mitte des Jahres ein solches Gesamtkonzept vorlegen sollte, scheint angesichts solcher Schnellschüsse nicht sehr ausgeprägt zu sein. Dies wird jedoch die CDU nicht davon abhalten, ihrerseits ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Steuerung und Regelung der Zuwanderung vorzulegen, das alle Tatbestände der Einwanderungsproblematik erfasst – auch den der ökonomisch erwünschten Zuwanderung zur Deckung des heimischen Arbeitsmarktbearbedarfs.

Ein ermutigendes Zeichen

Im Namen der CDU hat die Parteivorsitzende Bischof Karl Lehmann zur Verleihung der Kardinalswürde gratuliert.

Angela Merkel: „Ich freue mich, dass die Stimme der Katholischen Kirche in Deutschland auf der Ebene der Weltkirche durch Sie und Ihren Mitbruder Erzbischof Dr. Degenhardt weiteres Gewicht erhält. Zugleich sehe ich in dieser Befragung ein ganz persönliches Zeichen der Anerkennung für Ihr verdienstvolles Wirken als Oberhirte der Diözese Mainz und als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.“

Hermann Kues, Beauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, hat die Verleihung der Kardinalswürde an Bischof Lehmann „ein Zeichen der Ermutigung für christliche Politiker“ genannt.

Für den Evangelischen Arbeitskreis (EAK) hat dessen Vorsitzender, Jochen Borchert, seine Gratulation mit der Erwartung verbunden, dass durch die Ernennung Lehmanns „die Ökumene in Deutschland auch auf höchster Ebene wieder mehr Fahrt aufnehmen kann“.

Merz: Reine Marktmaßnahme

Tiermedizinisch ist die Beseitigung von 400.000 Rindern nicht begründet. Sie ist eine reine Marktmaßnahme. Damit zeigt sich, wie wir in der Agrarpolitik Tiere zum Massengut herabgewürdigt haben. Ich habe mit dieser Massenschlachtung allergrößte Probleme. Ich stelle mir die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit Mitgeschöpfen um? Hier kommt eine Dekaden

der Industriegesellschaft zum Ausdruck, die ich einfach widerwärtig finde. Deshalb stellt sich hier auch die Frage nach der Glaubwürdigkeit einer grünen Ministerin. Hätten sich die Grünen mit ihrem Wunsch nach einer Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz durchgesetzt, dann wäre die Keulung von 400.000 Rindern klar verfassungswidrig.

UD

Ohne neue Impulse

■ Auch wenn die regelungsamtliche Wachstumsprognose zu optimistisch ist: Deutschland kann in diesem Jahr mit einer robusten Konjunktur rechnen. **Gunnar Uldall**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU zum Jahreswirtschaftsbericht: „Leider jedoch keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Hier wirken sich die marktwidrigen Eingriffe von Rot-Grün und der mangelnde Mut zu Reformen verhängnisvoll aus.“ Was wir brauchen: ■ Lockerung des überregulierten Arbeitsrechts ■ niedrigere Arbeitslosenversicherungsbeiträge ■ effektivere Arbeitsbeschaffungsprogramme ■ mehr Freiraum für betriebliche Vereinbarungen im Tarifvertragsrecht.

Nach wie vor ratlos

■ Die Bundesregierung will die im Jahreswirtschaftsbericht als „weiterhin verhalten“ eingeschätzte Entwicklung in den neuen Bundesländern „weiterhin wirkungsvoll unterstützen“. Sie fordert aber gleichzeitig „weiterhin nicht nachlassende Anstrengungen der Unternehmen, der Arbeitnehmer, der Länder und Kommunen“. **Günter Nooke**, Sprecher der CDU-Abgeordneten der neuen Län-

der: „Wieder einmal erweist sich die versprochene Hilfe beim Aufbau Ost als leere Ankündigung. Tatsache ist nämlich: Die Bundesregierung hat die Strukturförderung für Ostdeutschland in diesem Haushaltsjahr um 300 Millionen Mark gekürzt.“

Gescheitert

■ Die neue Gesundheitsministerin Ulla Schmidt will den kollektiven Regress der Ärzte bei Überschreitung der Arzneimittelbudgets abschaffen. Sie gesteht damit ein: Das Kernelement der rot-grünen Gesundheitsreform ist gescheitert. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Horst Seehofer**, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit, **Wolfgang Lohmann**, begrüßen die gleichzeitig angekündigte Rückkehr zu arztindividuellen Richtgrößen, die es bereits 1997 gab: „Ein gutes Signal für Patienten und Ärzte und für einen Neuanfang in der deutschen Gesundheitspolitik.“

Endlich handeln!

■ Immer wieder werden Termine verschoben oder sogar gestrichen. Gibt es das Bündnis für Arbeit eigentlich noch? Dabei sind immer noch viel zu viele Menschen

ohne Beschäftigung. Die neuesten Arbeitsmarktzahlen für Januar sprechen eine deutliche Sprache. Vor allem drei Entscheidungen müssen schnell getroffen werden: ■ Wir brauchen einen Durchbruch bei der Beteiligung der Beschäftigten an Kapital und Ertrag der Unternehmen. ■ Wir brauchen endlich den großen Wurf beim Kombilohn. ■ Wir müssen das Beschäftigungspotential bei der Zeitarbeit erschließen. **Gerald Weiß**, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU: „Die Arbeitslosen erwarten vom Bundeskanzler, dass er aktiv wird. Konkrete politische Maßnahmen sind gefragt.“

Reine Politshow

■ Vor Vertretern der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hat Bundeskanzler Schröder einmal mehr die Mittelstandsfreundlichkeit der Politik seiner Regierung hervorgehoben. Dabei verschweigt er: ■ dass die rot-grüne Steuerreform die Personengesellschaften, die verbreitetste Organisationsform mittelständischer Betriebe, erst 2005 voll entlasten wird, ■ dass die eingeführte Senkung der degressiven Abschreibung von 30 auf 20 Prozent zu einer Mehrbelastung vor allem

mittelständischer Betriebe von fast 13 Milliarden Mark führt. Den voraussetzungslosen Teilzeitanpruch von Arbeitnehmern hat Schröder erst gar nicht angesprochen.

Hansjürgen Doss, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Immer nach demselben Muster: Rot-Grün umwirbt und täuscht den Mittelstand.“

Neu festsetzen

■ Der Umgang der rot-grünen Bundesregierung mit den Erlösen aus der UMTS-Versteigerung verstößt gegen das Grundgesetz. 100 Milliarden Mark Erlöse plus 15 Milliarden Mark Zinsersparnis – diesen gesamten Betrag hat Eichel dem Bundeshaushalt zugeschlagen. Unsere Verfassung sieht etwas anders vor: „Die Anteile von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer sind neu festzusetzen, wenn sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben wesentlich anders entwickelt.“ Darauf nimmt auch ein Gutachten Bezug, das die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen bei dem Münchner Verfassungsrechtler Prof. Stefan Koriath in Auftrag gegeben haben. Es stellt außerdem zweierlei fest: ■ Die ohne eigenen Aufwand eingenommenen Lizenzge-

bühren erhöhen die Bundes-einnahmen um ein Fünftel. Das ist „wesentlich“. ■ Bei den Kommunen entstehen erhebliche Steuerausfälle. Da nämlich die UMTS-Unternehmen über 20 Jahre die Lizenzkosten von den Körperschaft- und Gewerbesteuern absetzen können, trifft das direkt Kreise, Städte und Gemeinden. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Ich fordere die Bundesregierung auf, die Kommunen umgehend an den UMTS-Erlösen zu beteiligen. Der Raubbau an den gemeindlichen Haushalten muss unverzüglich aufhören.“

Glückwunsch!

■ Gerade noch rechtzeitig vor den anstehenden Castor-transporten ist Bundesumweltminister Trittin zu einer überfälligen Einsicht gekommen. Er hat die niedersächsischen Grünen davor gewarnt, Proteste gegen die Transporte nach Gorleben zu unterstützen: ■ Der Rücktransport des deutschen Atommülls aus dem französischen La Hague ist notwendig. ■ Eine weitere Lagerung in Frankreich ist unzulässig. ■ Die sicherheitstechnischen Voraussetzungen für die Transporte sind erfüllt. **Kurt-Dieter**

Grill, Berichterstatter Energiepolitik der CDU/CSU: „Trittin bestätigt damit endlich die Politik von CDU/CSU. Wir kommen damit in der Frage eines vernünftigen Umgangs mit der Kernenergie einen kleinen Schritt weiter.“

Vereinheitlichen

■ Wie eine Studie über die Abschätzung des Risikos „transgener Pflanzen“ zeigt, ist der Nachweis von gentechnischen Bestandteilen in Lebensmitteln bisher nicht eindeutig und standardisiert geregelt. Da sich bei verfeinerten Analyseverfahren die Nachweisgrenze bis zur Feststellung kleinster Spuren verschoben hat, sind die Ergebnisse „stark zufallsabhängig“ und verunsichern Hersteller, Lebensmittelüberwachung und Konsumenten. **Helmut Heiderich**, Berichterstatter der CDU/CSU für Gentechnik schlägt vor, die bisher nur für Mais und Sojaprodukte gültige 1-Prozent-Grenze für zufällige und unvermeidbare Verunreinigung auch auf alle anderen Bereiche der Abgrenzung von gentechnischen Inhaltsstoffen auszudehnen: „Die baldige Durchsetzung einer solchen Regelung würde Verunsicherung abbauen und Verlässlichkeit schaffen.“ **UD**

Kritik ohne Häme – vier Fragen zur Arbeitsmarktpolitik

Zu den neuesten Erwerbslosenzahlen erklärten die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Jeder Erwerbslose weniger in diesem Land bedeutet zweifelsohne ein positives Signal. Insofern ist der Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu begrüßen. Dennoch zeigt der erneute Anstieg um mehr als 280.000 Arbeitslose gegenüber Dezember 2000 auf über 4 Millionen Erwerblose die offensichtlichen Versäumnisse der Bundesregierung auf:

■ Vor dem Hintergrund eines prognostizierten Wirtschaftswachstums von fast drei Prozent und einer den Arbeitsmarkt entlastenden demographischen Entwicklung erscheinen die Fortschritte bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit mager. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei Abbau der Erwerbslosigkeit auf einem der hinteren Plätze.

Wir fragen die Bundesregierung: Wo ist das umfassende Konzept zur Arbeits-

marktpolitik, das auch unter weniger glücklichen ökonomischen Rahmenbedingungen eine zufriedenstellende Entwicklung der Erwerbslosenzahlen fördert und den Anschluss an die positive Entwicklung der anderen europäischen Staaten sicherstellt?

■ In den neuen Bundesländern stagniert die Erwerbslosenzahl seit Bestehen der rot-grünen Bundesregierung auf hohem Niveau. Dies belegen auch die neuesten Zahlen.

Wir fragen die Bundesregierung: Wann endlich und mit welchen konkreten Programmen will die Bundesregierung darangehen, die enorm hohe strukturelle Arbeitslosigkeit in den östlichen Bundesländern zu senken?

■ Arbeitslose haben bereits ab dem 45. Lebensjahr sehr schlechte Chancen, wieder in das Erwerbsleben zurückzukehren. Die Bundesregierung erweckt den Eindruck, sogenannte „ältere“ Erwerbslose abgeschrieben zu haben: Außer der Abschiebung in Frühverrentung und erleichterten Arbeitslosen-

bezug sowie einem undurchsichtigen und strukturlosen „50 plus“-Programm fällt ihr nichts ein.

Wir fragen die Bundesregierung: Wo sind konstruktive und substantielle Vorschläge zum Abbau der Erwerbslosigkeit der Menschen über 45 Jahre?

■ 43 Milliarden DM wurden allein im Jahr 2000 für die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben. Äußerungen der Bundesregierung lassen jedoch klar erkennen, dass diese selbst nur oberflächlich über die Verwendung der Gelder informiert ist.

Insofern fragen wir die Bundesregierung (und werden diese Frage in dieser Woche auch detailliert in einer Kleinen Anfrage stellen): Inwieweit ist die Bundesregierung über den Verbleib der 43 Milliarden für den zweiten Arbeitsmarkt im Bilde und welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um über eine effektivere Verwendung der Mittel mehr Menschen eine Chance über Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu geben?

NEUEN STREIT mit den Ländern werden die aus dem Bundesfinanzministerium bekannt gewordenen Grundsätze zum künftigen Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern provozieren. So ist der Bund zwar bereit, die Kredittilgung und die Zinsen des Anfangs der 90er Jahre gebildeten Fonds Deutsche Einheit zu übernehmen. Dafür verlangt Eichel aber von den Ländern höhere Anteile an der Umsatzsteuer zurück.

ÄRZTE WARNEN vor Gefährdung der Patientenversorgung in Krankenhäusern. Anlass: die geplante Einführung einer neuen Krankenhausfinanzierung ab 2003 – insbesondere, wenn bei den vorgesehenen Fallpauschalen zur Vergütung der stationären Behandlung nicht die tatsächliche Arbeitszeit der Ärzte einschließlich ihrer Überstunden berücksichtigt werde. Die zu erwartenden Erlöse aus den Pauschalen werden nicht ausreichen, um den Personalbedarf zu finanzieren.

MASSIVE öffentliche Proteste gegen die von der Bundesregierung geplante Reform des Betriebsverfassungsgesetz hat der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) angekündigt. Handwerkspräsident Dieter

Philipp: „Wir werden einer Wahl von Betriebsräten nur in Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten zustimmen.“ Was Rot-Grün vorhat, bedeute höhere Kosten und den Verlust von Arbeitsplätzen.

LADENDIEBE sofort noch an Ort und Stelle bestrafen – damit wurde vor drei Monaten in Bayern erfolgreich ein Modellversuch gestartet. Justizminister Manfred Weiß: „Wir haben rund 100 auf frischer Tat ertappt und zu einer Geldbuße – immer das Neunfache des gestohlenen Warenwerts – verurteilt.“ Strafe auf dem Fuße senke die Wiederholungsgefahr. Die häufiger in die Läden gerufenen Polizisten schrecken pozenzielle Diebe wirksam ab.

BAUSPARKASSEN spielen die führende Rolle bei der Finanzierung von Wohnungen und Häusern. Dabei haben die Institute ihren Marktanteil im vergangenen Jahr von 22,2 auf 27,3 Prozent erhöht und mehr als 73 Milliarden Mark ausgezahlt. 268 Milliarden Mark haben alle Kreditinstitute und Lebensversicherungen zusammen aufgebracht, 17,8 Prozent weniger als im Vorjahr.

INVESTITIONEN in Höhe von 30 Milliarden Mark sind nötig, um einen drohenden

Verkehrskollaps an deutschen Flughäfen zu vermeiden. Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Bauindustrie, Michael Knipper: „Die Verkehrsminister von Bund und Ländern dürfen den Ausbau der Start- und Landbahnkapazitäten nicht dem ökologischen Zeitgeist opfern.“ Zur Finanzierung: „Wenn die öffentlichen Haushalte dazu nicht in der Lage sind, muss eben die Privatisierung der Flughäfen vorangetrieben werden.“

AN DEN PRANGER sollen künftig nach Meinung der Verbraucherschützer die „schwarzen Schafe“ der Lebensmittelbranche. Um die korrekte Kennzeichnung von Produkten zu garantieren, sei die Nennung des Herstellers besonders wirksam – wobei es im übrigen unerheblich sei, ob der Hersteller vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt habe.

ERZIEHUNGshilfen vom Staat haben 1999 rund 206.000 junge Menschen erhalten: vier Prozent mehr als 1998. Knapp 90.000 unter 27 Jahren wurden stationär in Heimen erzogen. Der Ausländeranteil betrug acht Prozent. Jede fünfte Hilfe wurde auf Wunsch des volljährigen Betroffenen oder seiner Eltern vorzeitig abgebrochen.



Gunnar Uldall: Nur kurze Zeit haben die Verbraucher von sinkenden Preisen profitiert. Die Pläne der rot-grünen Regierung werden von diesem Vorteil bald nichts mehr übrig lassen.

Schluss mit der unsozialen **Verteuerung** der Energie

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte in der Energiedebatte im Plenum des Deutschen Bundestages:

Vor 3 Jahren haben CDU/CSU und F.D.P. die

Strom- und Gasmonopole geknackt und die Märkte dem Wettbewerb geöffnet. Für kurze Zeit konnten private Verbraucher und Unternehmen von deutlich sinkenden Preisen profitieren. Allein auf dem Strommarkt waren dies 1998 und 1999 jeweils rund 15 Mrd. DM, davon 4 Mrd. DM im Haushaltskundenbereich – eine gewaltige Summe.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Schröder hat die **Chancen** des Wachstums verschenkt

Die jetzt bekannt gewordenen Arbeitsmarktzahlen stellen der Bundesregierung ein miserables Zeugnis aus. Trotz konjunkturellen Wachstums sind die Arbeitslosenzahlen deutlich gestiegen.

Auch der Stellenbestand hat sich saisonbereinigt spürbar verschlechtert. Vor allen ist die Lage in den neuen Bundesländern verheerend: Die Arbeitslosenquote ist mehr als doppelt so hoch wie im Westen – und keine Trendwende in Sicht.

Es stellt sich die Frage, wie vor dem Hintergrund bundesweit gleicher wirtschaftlicher Rahmendaten,

die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg 5,2 Prozent, im Bundesdurchschnitt 10 Prozent und in Sachsen-Anhalt 21,2 Prozent betragen kann. Alle haben die gleichen Instrumente in der Hand, offensichtlich werden diese von den einen mehr, von den anderen weniger erfolgreich angewandt.

Die CDU hat klare Vorschläge präsentiert, um vor allem Langzeitarbeitslose und ältere Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu gehören ein modifizierter Kündigungsschutz und die stärkere Flexibilisierung der Tarifverträge.

Still und leise werden dem Verbraucher zusätzliche Belastungen aufgedrückt

Wenn es nach den Plänen der rot-grünen Regierung geht, wird davon bald nichts mehr übrig sein. Schamlos wird hier in die Taschen der Bürger gegriffen. Bereits heute betragen die neuen Belastungen aus EEG und KWK* 4 Mrd. DM und aus der Stromsteuer 11 Mrd. DM.

Still und leise sind den Verbrauchern zusätzliche Belastungen in Höhe von einem zusätzlichen Punkt Mehrwertsteuer aufgedrückt worden. Ein durch-

BELASTUNGEN EINES 4-PERSONENHAUSHALTS DURCH DIE ENERGIEPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

	Mehrbelastung in Pf/kWh bzw. Pf/l im Vergleich zu 1998		Mehrbelastung in DM im Vergleich zu 1998	
	2000	2001	2000	2001
Stromsteuer inkl. Mehrwertsteuer 16%	2,5	3	125,00 145,00	150,00 174,00
Erneuerbare-Energien-Gesetz Kraft-Wärme-Kopplung inkl. Mehrwertsteuer 16%	0,3 0,25	0,3 0,25	15,00 12,50 31,90	15,00 12,50 31,90
Heizöl inkl. Mehrwertsteuer 16%	4	4	100,00 116,00	100,00 116,00
Sonstige Mehrkosten (Energiemehrkosten der Versorgungs-, Entsorgungs- und Straßenreinigungs- gebühren, ÖPNV) inkl. Mehrwertsteuer			60,00	ca. 72,00
Ökosteuer auf Kraftstoffe inkl. Mehrwertsteuer 16%	12	18	135,64 157,34	203,46 236,01
Summe			510,24	ca. 630,00

Quelle: DIW: Verkehr in Zahlen, Haus & Grund Deutschland, VDEW sowie eigene Berechnungen

Annahmen:

Wohnungsgröße:	100,0 qm
Durchschnittlicher Stromverbrauch pro Jahr:	5.000,0 kWh
Durchschnittlicher Heizölverbrauch pro Jahr:	2.500,0 l
Durchschnittsverbrauch (Otto-Motor):	8,9 l/100 km
Durchschnittliche Fahrleistung pro Jahr	12.700,0 km

schnittlicher Vier-Personen-Haushalt muss durch die Energiepolitik der Bundesregierung im Vergleich zu 1998 in diesem Jahr ca. 630 DM mehr für Energie bezahlen (DM 174,00

Stromsteuer, DM 32,00 EEG/KWK, DM 116,00 Heizöl, DM 72,00 ÖPNV, Müllabfuhr etc., DM 236,00 Ökosteuer auf Kraftstoffe). Und nun kommen die Grünen und die

SPD-Fraktion und wollen eine Verdoppelung des KWK-Stromes.

* EEG = Erneuerbare-Energie-Gesetz; KWK = Kraft-Wärme-Kopplung **UID**

Rot-Grün verpasst die **Chance** zu einem vertieften Dialog

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Friedbert Pflüger, hat sich besorgt über den Verlauf der 37. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik geäußert.

Während der Tagung hatte der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld klargestellt, dass die USA am Aufbau eines Nationalen Raketenabwehrsystems (National Missile Defense, NMD) festhalten werden. Diese Entscheidung wurde von der Bundesregierung skeptisch beurteilt. Pflüger kritisierte in diesem Zusammenhang, dass Schröder keinen konstruktiven Beitrag geleistet habe, um die „Gräben zu überwinden“. Die Bundesregierung sei „jeder ernsthaften konzeptionellen Diskussion aus dem Weg gegangen“.

Friedbert Pflüger hob die große Diskussionsbereitschaft der USA in Bezug auf die wirtschaftliche und technische Umsetzung des Raketenabwehrprogramms hervor. Die Beteiligung deutscher und anderer europäischer Firmen, bei-



spielsweise im Bereich der Telekommunikation, werde ausdrücklich gewünscht. Statt sich auf einen Dialog mit dem Pentagon einzulassen, beschränke sich Verteidigungsminister Scharping jedoch darauf, das Projekt von Moskau aus zu kritisieren. Pflüger bezeichnete es als einen „schweren Fehler“, das Gesprächsangebot der Amerikaner nicht aufzugreifen.

Positiv wertete er den Vorschlag des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, für eine „Allied Missile Defense“ (AMD) für die gesamte Nato. Auch für diese Lösung seien die USA aufgeschlossen.

Anschließend berichtete der Bundesfachausschuss-Vorsitzende über seine USA-Reise. Neben dem

Programm zum Aufbau einer Nationalen Raketenabwehr (NMD) habe er die Themen europäische Verteidigungspolitik, Nato-Osterweiterung und Kosovo angesprochen. Pflüger machte deutlich, dass es bei der europäischen Verteidigungspolitik nur um eine Stärkung des „europäischen Pfeilers in der Nato“ gehen könne. Zugleich betonte er, dass dieses Ziel mit dem jetzigen Verteidigungshaushalt und der von Scharping geplanten Bundeswehrreform nicht realisiert werden könne.

Mit Blick auf die Nato-Osterweiterung plädierte Pflüger dafür, in einer ersten Runde 2002 die Staaten Slowakei, Slowenien, Rumänien und Bulgarien aufzunehmen. Er begrüßte die Haltung der amerikanischen Regierung, sich nicht in einer unilateralen Maßnahme aus dem Balkan zurückzuziehen. Alle Schritte würden die USA gemeinsam und koordiniert mit den Europäern tun. Insgesamt messe die neue Administration Europa in der Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle bei.

CDU lehnt Scharpings Pläne der Haushaltskürzungen **entschieden** ab

Am 29. Januar hat der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, bekanntgegeben, 39 große und 20 kleinere Bundeswehrstandorte schließen sowie in 40 Standorten das Personal erheblich reduzieren zu wollen. Hintergrund dieser Kürzungsentscheidung ist die Absicht Scharpings, die Bundeswehrstruktur von 340.000 auf etwa 285.000 Soldaten zu verringern.

Auch die CDU erkennt nicht die Notwendigkeit, unwirtschaftliche Kleinststandorte zu schließen, um durch Rationalisierung und Optimierung der Betriebsabläufe Einsparungen zu erzielen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Bundeswehr zum Steinbruch des Haushalts der Bundesregierung verkommen darf. Deshalb lehnt die CDU die zu weit gehenden Pläne des Verteidigungsministers für die Kürzungen im Verteidigungshaushalt, beim Personal und bei den Standorten ab.

Die Standortentscheidung des Verteidigungsministers bringt für viele Soldaten und Zivilbedienstete der Bundeswehr einen tiefen Einschnitt

**BESCHLUSS DES
BUNDESFACHAUSSCHUSSES AUSSEN-
UND SICHERHEITSPOLITIK VOM
5. FEBRUAR**

in ihre Lebensplanungen mit sich. Versetzungen und Umzüge in erheblichem Umfang sind unvermeidlich. Zudem stellt die Schließung von Standorten insbesondere für strukturschwache Regionen ein erhebliches Problem für die Wirtschaft und die sozialen Strukturen vor Ort dar.

Die Kürzungen beim Personal, beim Verteidigungsetat und damit auch bei den Standorten sind sicherheitspolitisch nicht zu begründen. Die Zukunft der Bundeswehr wird lediglich an den Vorgaben des Finanzministers, nicht aber an den sicherheitspolitischen Notwendigkeiten ausgerichtet. Die rot-grüne Bundesregierung betreibt Sicherheitspolitik nach Kassenlage. In einer Zeit, in der die Bundeswehr vor wachsenden Aufgaben steht, verringert Scharping die Zahl der Soldaten. Zunehmende Belastun-

gen werden auf immer weniger Schultern verteilt. Verantwortliche Verteidigungspolitik darf sich aber nicht allein an den Vorgaben des Finanzministers orientieren, denn Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif.

Deshalb fordert die CDU:

- Der Verteidigungsetat muss auf die Haushaltsansätze der letzten Mittelfristigen Finanzplanung der CDU-geführten Bundesregierung angehoben werden, d.h. ein moderater Aufwuchs der Mittel für die Bundeswehr auf 50 Mrd. DM bis zum Jahr 2003. Zudem ist eine Anschubfinanzierung von 2 Mrd. DM für Modernisierung und Investitionen nötig.
- Die Bundeswehr sollte nicht weniger als 300.000 Soldaten umfassen, davon 100.000 Wehrdienstleistende. Langfristig sollte die Anzahl der Zivilbediensteten der Bundeswehr ca. 100.000 betragen.
- Unter diesen Voraussetzungen ist auch der Erhalt der Großstandorte der Bundeswehr möglich. Die Stationierung der Bundeswehr in der Fläche ist auch zukünftig zu gewährleisten.





RECHENSCHAFT

Kampagnenfähig

Der Rechenschaftsbericht über Beitrags- und Spendeneinnahmen, den die CDU zum 31. Dezember 1999 beim Bundestagspräsidenten eingereicht hatte, war unvollständig. Es fehlten die 18 Millionen Mark Auslandsguthaben der hessischen CDU, die schon seit vielen Jahren verheimlicht worden waren. Deren Existenz offenbarte der hessische CDU-Politiker Kanther erst Mitte Januar. Daraus drehte der Bundestagspräsident den Christlichen Demokraten umgehend einen Strick mit der Rückforderung von 41 Millionen Mark. Ob diese Forderung zu Recht besteht, wird erst in letzter Instanz – vermutlich vom Bundesverwaltungsgericht – entschieden. Das Berliner Gericht hat die impulsive Reaktion Thierses, die auch dem allgemeinen Erregungszustand über die Machenschaften der einstigen Regierungspartei entsprang, erst einmal gestoppt.

Die Befürchtung – bei manchen war es auch eine stille Hoffnung –, daß die CDU durch die Millionenforderung in den Ruin getrieben werden könnte und als politische Gegenkraft ausfallen werde, hat sich überraschend schnell als übertrieben erwiesen. Mit einschneidenden Sparmaßnahmen betrieb die Parteiführung die Sanierung, und die CDU-Mitglieder taten mit Sonderzuwendungen ein übriges, um ihre Partei im Wettstreit mit einer über üppige Geldquellen verfügenden SPD kampagnenfähig zu halten.

Frankfurter Allgemeine

Richtig

Es muss wie Balsam auf der Seele von Angela Merkel sein. Im tiefsten Tal der Tränen bekommt die CDU-Vorsitzende vom Berliner Verwaltungsgericht Recht und 41 Millionen Mark Staatszuschuss zugesprochen. Nach dem Umfragetief, dem peinlichen Streit um die Rentenkampagne und dem Chaos in der Sachsen-CDU

endlich mal eine gute Nachricht für die Partei.

Die Richter haben Recht: Es ist wahrlich nicht Aufgabe des Parlamentspräsidenten, eine „moralische Beurteilung über die Richtigkeit des Rechenschaftsberichtes“ abzugeben. Das Urteil ist eine schallende Ohrfeige für Thierse, der sich selbst gern zum Gewissen der Nation erhebt. Der überparteiliche Präsident hat in diesem Fall offensichtlich nach dem Parteibuch geurteilt. Bild

RENTENREFORM

Poker um Milliarden

Nach Berechnungen des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums wird die Förderung der privaten Altersvorsorge im Rahmen der Rentenreform teurer als geplant. Angeblich hätte sich das Bundesfinanzministerium kapital verrechnet, heißt es in Düsseldorf. Berlin hält dagegen und wittert Verschwörung. Motto: Wenn's ums Geld geht, hört



die Freundschaft auf. Auch unter Genossen.

Tatsächlich geht es um gewaltige Summen. Da wären zum einen die Milliarden, die der Bund im Sparpaket den Ländern zuge-schoben hat.

Ferner drohen gewaltige Einnahmeausfälle durch die Steuerreform. Eher unfrei-willig haben sich die Länder zudem an der Finanzierung des Entlastungspaketes zum Ausgleich der hohen Öl-preise beteiligen müssen. Nun reichts's. Die Welt

BUNDESWEHR



Wachsende Distanz

Jetzt werden die Auswir-kungen der Bundeswehrre-form erstmals auch draußen im Land spürbar. Die Verrin-gerung der Standorte und der komplette Abzug aus man-chen Regionen stehen sym-bolhaft für die schwächer werdende Verflechtung der Gesellschaft und ihrer Ar-mee. Mit der Entfernung, die

ein wehrpflichtiger „Staats-bürger in Uniform“ bis zum Kasernentor zurückzulegen hat, wächst die psychologi-sche Distanz zu einer Institu-tion, die aus guten Gründen bis in die Winkel Deutsch-lands hinein wahrnehmbarer Teil des öffentlichen Lebens sein sollte und es auch war. Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die bei frühe-ren Bundeswehrreformen ähnliches Gewicht hatten wie Bedrohungsanalysen, sind jedoch weitgehend verblaßt.

Frankfurter Allgemeine

CDU-Ortsverband Wolgast sucht Bürgermeister

In der Stadt Wolgast (ca. 14.000 Einwohner) im Land-kreis Ostvorpommern ist zum 13. Juli die Stelle der/des hauptamtlichen Bürgermei-sterin/Bürgermeisters neu zu besetzen. Amtszeit: 7 Jahre. Die Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe A 15 ent-sprechend Kommunalbe-soldungsordnung. Daneben: Aufwandsentschädigung bis zu den Höchstsätzen der landesrechtlichen Vorschrift. Die Kommunalverfassung legt fest, dass der/ die Bürger-

meister/in erstmalig in allge-meiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt wird. Wählbar ist, wer Deutscher im Sinne des Grundgesetzes oder Unionsbürger ist, am Wahltag das 18. Lebensjahr, aber noch nicht das 58. voll-endet hat, die übrigen Voraus-setzungen für die Ernennung zum Beamten auf Zeit nach dem Landesbeamtengesetz erfüllt, nicht von Wahlrecht und Wählbarkeit ausge-schlossen ist, nicht von einem Gericht im Disziplinarverfah-ren zur Entfernung aus dem

Dienst oder zur Aberkennung des Ruhehaltes rechtskräf-tig verurteilt worden ist.

■ Die Wahl findet am 6. Mai statt. Spätester Termin für die Einreichung eines Wahlvor-schlages: 2. April.

■ Bewerbungen mit Lebens-lauf, Lichtbild, Nachweise über den Bildungsweg, den bisherigen Tätigkeiten sind unter Angabe des Kennwor-tes „Bewerbung Bürgermei-ster“ bis zum 5. März (keine Ausschlussfrist) an die Stadt Wolgast, **Gemeindewahllei-ter, Burgstr. 6, 17438 Wol-gast** zu richten. Auslagen werden nicht erstattet.

Wir setzen auf Sieg

Bei der Mainzer CDU-Klausurtagung sind Sie zusammen mit Bundeschefin Angela Merkel sehr kämpferisch aufgetreten. Ist das Zweckoptimismus? Oder ist die CDU jetzt durch ihr Stimmungstief der letzten Monate definitiv durch?

Böhr: Also nach meinem Eindruck liegen wir derzeit Kopf an Kopf mit der SPD. Was mich sehr zuversichtlich stimmt, ist einfach die Tatsache, dass die Partei wieder geschlossen ist. Das war lange nicht so. Und sie ist nicht nur geschlossen, sondern auch mobil. Das heißt, sie ist kämpferisch und entschlossen. Und es ist die halbe Miete, wenn die eigene Anhängerschaft einen Wahlerfolg für realistisch hält.

Nach den jüngsten Umfragen liegt Ministerpräsident Kurt Beck in der Beliebtheit allerdings weit vor Ihnen. Wie wollen Sie da den Boden gutmachen in den nächsten Wochen?

Böhr: Da muss ich gar nichts gutmachen. Mein Ehrgeiz ist, die Wahl zu gewinnen. Ich will nicht am 25. März die Wahl verloren,



aber in der Sympathieskala mit dem Herrn Beck gleichgezogen haben.

Ist es denn nicht so, dass Wahlen zunehmend durch Personen und Image entschieden werden?

Böhr: Das werden wir sehen. Da bin ich anderer Meinung. Das ist ja keine Landratswahl oder Oberbürgermeisterwahl, sondern hier geht es um wichtige inhaltliche Fragen – etwa das Verhalten in der BSE-Krise, eine mittelstandsfeindliche Steuerreform, die Ökosteuer und Gesundheitspolitik. Und in Rheinland-Pfalz auch um die Bildungspolitik, den Straßenbau und die innere Sicherheit.

Mit welchem Themen will sich die CDU inhaltlich im Wahlkampf profilieren?

Böhr: Nach wie vor mit der Bildungspolitik. Das ist ja

ein Thema, das uns seit Jahren beschäftigt und das jetzt endlich öffentliche Aufmerksamkeit findet.

Da ist die SPD nun böse gestolpert mit Ihrem Vorschlag der Ganztagschulen, weil kein Mensch befreit, warum man den vierten Schritt vor dem ersten tut. In Rheinland-Pfalz fehlen rund 1.000 Lehrer, und selbst die volle Halbtagsgrundschule geht am Krückstock, weil nicht genügend Lehrer für die Betreuung da sind.

Dann haben wir selbstverständlich das Thema innere Sicherheit. Nach der Serie der Ausbrüchen von Häftlingen aus rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten ist das ein Thema in der Bevölkerung, das wir nicht ignorieren können.

Und auch die BSE-Krise ist ein landespolitisches Thema, bei dem nun gar nichts passiert. Die Bauern fühlen sich völlig im Stich gelassen, der ganze Berufsstand kämpft ums Überleben. Und alle, die politisch damit zu tun haben, tauchen in der Versenkung ab.

BSE oder die Schließung von Bundeswehrstandorten ist ja eindeutig ein

Herunterbrechen von Bundespolitik auf die Landesebene.

Böhr: Wir greifen die Themen auf, die Interesse bei den Wählerinnen und Wählern finden. So wird die Rentenreform und die Tatsache, dass die Beiträge steigen werden und das Niveau ab-

**DDP-INTERVIEW
MIT DEM SPITZEN-
KANDIDATEN DER
CDU BEI DER
LANDTAGSWAHL IN
RHEINLAND-PFALZ
AM 25. MÄRZ**

gesenkt wird, eine Frage sein, die sowohl den heutigen als auch den zukünftigen Rentner interessiert. Und dann kann ja eine Opposition – Wahlkampf hin, Wahlkampf her – nicht achtlos dran vorbei marschieren. Und die Bundeswehrreform ist neben der Bundespolitik auch ein landespolitisches Thema erster Güte. Denn wir haben 53 Standorte in Rheinland-Pfalz, und wir werden nach deren Zukunft gefragt.

Wie wahrscheinlich ist die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition nach dem 25. März?

Böhr: Ich glaube, dass es bei der FDP in Rheinland-Pfalz eine deutliche Präferenz gibt, die jetzige Koalition

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund sucht für ihre Fraktionsgeschäftsstelle eine/n junge/n und aktive/n

Assistenten/in

in Teilzeit (19,25 Stunden). Ihre Hauptaufgabe wird die Außen- und Innen-Darstellung der Arbeit der CDU im Rat und in den zwölf Bezirksvertretungen sein. Dazu werden Sie die Initiativen der Arbeitsgruppe „Dialog für Dortmund“ praktisch umsetzen, Veranstaltungen organisieren, Flugblatt- und Broschürenveröffentlichungen vorbereiten, Internetseiten gestalten und die Geschäftsführung des Arbeitskreises übernehmen.

Sie werden auch verantwortlich sein für die Betreuung der ehrenamtlich tätigen Ratsmitglieder und Bezirksvertreter in Dortmund. Hier beraten sie die Mandatsträger durch Quellenrecherche, Erstellung von Antragsentwürfen und Redebeiträgen sowie die Organisation und Begleitung bei Terminen vor Ort und Bürgern.

fortzusetzen. Und wenn rechnerisch diese Möglichkeit auch nach der Wahl gegeben ist, wird sie das wohl auch tun. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, muss es für die CDU das Wahlziel

Zur Erfüllung dieser verantwortungsvollen Tätigkeit weisen Sie sowohl bereits Erfahrungen in journalistischen Darstellungsformen als auch in der wissenschaftlichen Arbeit nach. Der Umgang mit Computer (MS-Office), Scanner, Internet und Kopierer ist für Sie kein Problem. Von Vorteil ist es, wenn Sie in der Lage sind, eigene Internetprogrammierungen vorzunehmen. Sie identifizieren sich mit den Zielen der CDU und sind bereit, auch zu unterschiedlichen Zeiten teamorientiert zu arbeiten. Wir bieten Ihnen neben der Dotierung ihrer Arbeit angelehnt an BAT IVb überdurchschnittliche zusätzliche Leistungen, ein aufgeschlossenes junges Mitarbeitersteam und die Möglichkeit, sich und ihre Fähigkeiten zu präsentieren.

Bitte senden Sie ihre Bewerbung bis zum 28. Februar an: CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, Herrn GF Jürgen Focke, Friedensplatz 1, 44135 Dortmund.

sein, eine strategische Mehrheit zu formieren, gegen die keine Regierung gebildet werden kann. Ich glaube, dass die FDP dann nicht lange braucht, um sich neu zu orientieren. **UD**

Unser Dank für Ihr Vertrauen

Bestell-Nr. 0237
Ehrenabzeichen/Gold
für 50jährige CDU-Mitgliedschaft
10 Expl.: 17,50 DM (8,95 EURO)

Bestell-Nr. 0235
Ehrenabzeichen/Silber
für 40jährige CDU-Mitgliedschaft
10 Expl.: 17,50 DM (8,95 EURO)

Bestell-Nr. 0233
Ehrenabzeichen/Bronze
für 25jährige CDU-Mitgliedschaft
10 Expl.: 17,50 DM (8,95 EURO)

Ehrenabzeichen

alle Ehrenabzeichen werden
mit Etui geliefert



Urkunden

CDU

*Für engagierte Mitarbeit in der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands
und für treue Verbundenheit
in Jahren
danken wir unserem verdienten Mitglied*

Angelika Nöcker
Landesvorsitzende

Landesvorsitzende(r)

Kreisvorsitzende(r)

Bestell-Nr. 0396
„25 Jahre CDU-Mitglied“
Urkunde DIN A4
50 Expl.: 15,00 DM (7,67 EURO)

Bestell-Nr. 0644
„40 Jahre CDU-Mitglied“
Urkunde DIN A4
50 Expl.: 15,00 DM (7,67 EURO)

Bestell-Nr. 0071
„50 Jahre CDU-Mitglied“
Urkunde DIN A4
50 Expl.: 15,00 DM (7,67 EURO)

Bestell-Nr. 0097
„ohne Jahresangabe“
Urkunde DIN A4
50 Expl.: 15,00 DM (7,67 EURO)

Bestell-Nr. 0449
„für besondere Verdienste“
Urkunde DIN A4
50 Expl.: 15,00 DM (7,67 EURO)

Der RENTEN-CHECK

Was Rot-Grün mit Ihrer Altersvorsorge vorhat.

Die ROT-GRÜNE FORMEL AUF DEM PRÜFSTAND.

Wie verlässlich sind die Rentenversprechen?

Rentenpolitik ist Vertrauenssache.

Junge Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass sie für die Beiträge, die sie während ihres Arbeitslebens in die Rentenkasse einzahlen, im Alter eine angemessene Gegenleistung erhalten. Alte Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass die Renten, die ihnen versprochen wurden, nicht im Alter plötzlich verlässlich und ungemein gerüst werden. Doch die rot-grüne Bundesregierung hat seit 1998 jedes Jahr einen neuen Wortbruch in der Rentenpolitik zu vermelden.

Die CDU hat alles versucht, um mit der rot-grünen Koalition gemeinsam zu einer vernünftigen und fairen Lösung bei der Rentenreform zu kommen - im Interesse der Bürger. Doch die Bundesregierung hält an ihrer Absicht fest, eine missglückte Rentenreform ohne Rücksicht auf Verluste durchzusetzen. Ist die rot-grüne „Rentenreform“ wirklich und in sich stimmig, und welche Auswirkungen hat sie auf die Menschen? Machen Sie den Renten-Check.

Scheckheft „Rente“

Bestell-Nr. 5726

100 Expl.: 30,00 DM
(15,34 EURO)

Gerade für Frauen ist vielfach „der Abstieg in die Altersarmut programmiert“.
(Deutscher Frauenrat, Die Welt vom 12. Dezember 2000)

Gleiches Recht für alle – oder Altersarmut für Frauen?

Altes Wissen

Die Rentenreform der Bundesregierung bedeutet das langfristige Aus für die Witwenrenten, denn die Witwenrenten werden für die jüngeren Frauengenerationen von der Lohnverteilung abgekoppelt. Witwen werden nach dieser „Reform“ in vielen Fällen aus der Rente weniger an die Sozialhilfe zum Leben haben.

Frauen zahlen mehr

In die private Zusatzversicherung werden Frauen höhere Prämien einzahlen müssen, um die gleichen Leistungen wie Männer zu bekommen. Sie zahlen aber keine höhere staatliche Forderung als Männer erhalten. Folger: Frauen müssen bei gleicher Spartenleistung mit geringeren Erlägen rechnen - und haben im Alter weniger Geld zur Verfügung.

Keine Kindererziehung

Bei der Anrechnung von Kindererziehungsjahren werden ebenfalls wichtige Altersrentenbestandteile weggelassen, wenn sie mehr als der Durchschnitt verdienen. Mütter mit einem Kind, die nicht erwerbstätig sind, bekommen keine zusätzlichen Kindererziehungsjahre anrechnet. Und Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, gehen bei dieser „Rentenreform“ völlig leer aus.

BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

Die neue Wandzeitung

1. Familien-Falle:

Allein stehende Gutverdiener werden beim Aufbau der privaten Altersvorsorge bevorzugt – ein Single mit 8.000 DM Brutto-Einkommen im Monat erhält mehr vom Staat als eine Normalverdiener-Familie mit zwei Kindern.

2. Eltern-Falle:

Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, gehen leer aus – ihre Erziehungsleistung wird ihnen nicht besser anerkannt.

3. Frauen-Falle:

Frauen müssen in die private Altersvorsorge mehr einzahlen als Männer – wenn sie im Alter den gleichen Ertrag haben wollen.

4. Witwen-Falle:

Die Witwenrenten für die jüngere Frauengeneration werden von der Rentenentwicklung abgekoppelt – langfristig das AUS für die Witwenrente.

5. Leistungs-Falle:

Vorgesehen ist eine Renten-Grundsicherung für alle – mehr Leistung führt dann nicht unbedingt auch zu mehr Rente.

7. Vorsorge-Falle:

Viele Menschen müssen bei der privaten Zusatzvorsorge bei Null anfangen – bestehende Verträge wie Lebensversicherungen werden fast alle nicht gefördert.

9. Bürokratie-Falle:

Der Bund der Steuerzahler rechnet mit 3.000 neuen Beamten – um auf die Einhaltung der neuen Vorschriften bei der Förderung der privaten Zusatzrente zu achten.

10. Jugend-Falle:

Die Beiträge zur Rentenversicherung werden stärker steigen und die späteren Renten niedriger sein, als die Regierung behauptet – die Schröder-Rente ist eine Milchmädchen-Rechnung.

11. Verfassungs-Falle:

Schröder will die „Reform“ jetzt durchpeitschen – obwohl das Bundesverfassungsgericht wahrscheinlich im Sommer über die Rentenbesteuerung entscheidet.

12. Rentner-Falle:

Im letzten Jahr gab es die versprochene Rentenerhöhung nicht – und auch bei der „Rentenreform“ wird nichts aus der angekündigten Rückkehr zur NettoLohnanpassung.

12 FALLEN DER SCHRÖDER- RENTE.

6. Spar-Falle:

Bei der Berechnung von Hinterbliebenenrenten sollen Erträge aus Ersparnissen (bis auf jene aus der staatlich geförderten privaten Vorsorge) angerechnet werden – wer also rechtzeitig spart, der wird davon künftig wenig haben.

8. Erbschafts-Falle:

Häuser und Wohnungen werden wohl nur in Ausnahmefällen als Privatvorsorge gefördert – wenn z.B. der Besitzer seine Immobilie im Gegenzug für die Rentenzahlung einer Bank überträgt.



CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.